EUROPA

Dame mit Unterleib

Mit einem mutigen Reformplan wollen die Chefs der europäischen Institutionen den Euro retten. Die Mitgliedsländer sollen Budget-Kompetenzen an Brüssel übertragen und Schulden vergemeinschaften.

Kanzlerin Merkel

SEAN GALLUP / ACTION PRESS

Es gehört zu den Merkwürdigkeiten der Politik, dass sich große Veränderungen selten durch große Worte ankündigen. Wer Ruck-Reden hält, hat sich oft nur als Sonntagsredner qualifiziert. Bei dieser Form der politischen Wortmeldung steht die öffentliche Aufmerksamkeit meist in keinem Verhältnis zu den praktischen Folgen.

Manchmal ist es nur eine winzige verbale Verschiebung, die darauf hindeutet, dass bald Großes passieren könnte. Oder es ist ein leicht geänderter Sound, ein etwas anderer Zungenschlag, der in diese Richtung weist.

Wer in der vergangenen Woche der Kanzlerin aufmerksam zuhörte, konnte erkennen, dass sie ihren Ton verändert hatte. Sehr vorsichtig nur, allenfalls in einigen Nuancen, aber es reichte doch, dass sich die bekannte Melodie neu anhörte.

„Wir brauchen eine sogenannte Fiskalunion“, hatte sie im ARD-„Morgenmagazin“ gesagt, „also mehr gemeinsame Haushaltspolitik.“ Bis dahin hatte Angela Merkel nur wiederholt, was sie bislang immer gefordert hatte. Doch dann kam er, der neue, ungewohnte Sound: „Wir brauchen vor allen Dingen auch eine politische Union. Das heißt, wir müssen Schritt für Schritt auch Kompetenzen an Europa abgeben.“

Vorsichtig bereitete die Kanzlerin die Menschen darauf vor, dass sie sich auf große Veränderungen einstellen müssen. Dass alte Gewissheiten bald schon nicht mehr gelten werden. Dass Europa nur dann eine Zukunftschance hat, wenn auch die Deutschen auf einen wesentlichen Teil ihrer nationalen Souveränität verzichten. Mehr hatte sie nicht angedeutet. Aber es war doch eine Menge.

Denn es zeigt, wie bedrohlich Merkel die europäische Krise inzwischen einschätzt. Die Kanzlerin ist keine Meisterin der Apokalypse wie der grüne Patriarch Joschka Fischer („Das europäische Haus steht in Flammen“). Das ist nicht Merkels Sprache, aber auch sie weiß, dass der Abgrund nicht mehr fern ist.

Am kommenden Sonntag, nach den Parlamentswahlen in Griechenland, wird sich entscheiden, ob erstmals ein Land die Euro-Zone verlassen muss. Und in Spanien ist die Lage inzwischen so dramatisch, dass das Land nur noch mit Mühe an frisches Geld kommt. Und Spanien ist kein wirtschaftlicher Zwerg, sondern die viertgrößte Volkswirtschaft der Euro-Zone.

Die Schuldenkrise hat sich in eine schwere Vertrauenskrise verwandelt. Den europäischen Staats- und Regierungschefs bleiben nicht mehr viele Optionen. Entweder gelingt es ihnen jetzt, die Geburtsfehler des Euro zu beseitigen, oder die Europäische Union, die größte Wirtschaftszone der Welt, wird in einem Strudel aus Bankpleiten, Bankrotten und Niedergang versinken. Eine solche Entwicklung würde das Chaos nach der Lehman-Pleite 2008 weit in den Schatten stellen, vermutet der britische „Economist“. „Es muss dringend etwas passieren!“, fordern der britische Historiker Niall Ferguson und der amerikanische Ökonom Nouriel Roubini in einem dramatischen Appell an die deutsche Kanzlerin (siehe Seite 68).

Was also tun? Aus der Währungsunion, der „Dame ohne Unterleib“ (Merkel),

Kommissionspräsident Barroso

Euro-Gruppenchef Juncker

OLIVIER HOSLET / DPA (R.); RAINER UNKEL (L.)

EU-Ratspräsident Van Rompuy

EZB-Präsident Draghi

THOMAS LOHNES / DAPD (R.); THIERRY MONASSE / XINHUA / IMAGO (L.)

Europäische Reformgruppe: *„Wir rennen den Ereignissen hinterher“*

muss eine politische Union werden. Zumindest darin sind sich alle einig. Doch was das konkret bedeutet, ist zwischen Berlin und Paris, Helsinki oder Rom umstritten.

Länder wie Frankreich und Italien wollen mit Euro-Bonds die Schulden vergemeinschaften. Die Deutschen sind dagegen, weil sie fürchten, am Ende dafür zahlen zu müssen. Berlin ist wiederum bereit, nationale Zuständigkeiten nach Brüssel abzugeben, doch dagegen sperren sich die Franzosen.

Weil sie sich nicht einigen können, haben die Staats- und Regierungschefs vier Top-Eurokraten beauftragt, einen Plan vorzulegen: Kommissionspräsident José Manuel Barroso, EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy, Euro-Gruppenchef Jean-Claude Juncker und den Chef der Europäischen Zentralbank Mario Draghi. Bis zum nächsten Gipfel in weniger als drei Wochen wollen sie erste Vorschläge unterbreiten, im Herbst soll dann das Gesamtpaket stehen.

Fast täglich telefonieren die vier Präsidenten nun miteinander. In der kommenden Woche wollen sie sich treffen, um sich auf einen gemeinsamen Vorschlag zu einigen, der dann an die Hauptstädte verschickt werden soll.

Noch gibt es keinen ausgearbeiteten Plan, sondern nur Skizzen, wie das europäische Konstrukt am Ende aussehen könnte. Die Ideen, die derzeit zwischen Brüssel, Luxemburg und Frankfurt hin und her wandern, sind noch unfertig, aber sie lassen bereits ein Konzept erkennen, das für Europa nichts weniger als eine Revolution bedeuten würde.

Geht es nach dem Willen der vier, soll die Währungsunion irreversibel gemacht werden und die Euro-Zone zur politischen Union ausgebaut werden. Es wäre ein völlig anderes Europa, das am Ende dieses Prozesses stehen würde.

Die Nationalstaaten müssten wesentliche Teile ihrer Souveränität an europäische Institutionen abgeben, das EU-Parlament bekäme Konkurrenz, und ein neues Gremium würde wichtige Kontrollfunktionen übernehmen. Es wäre ein Europa der zwei Geschwindigkeiten, dessen Kern die Währungsunion, nun allerdings als Dame *mit* Unterleib, bilden würde.

Im Zentrum der Überlegungen steht eine echte Fiskalunion, in der Mitgliedstaaten souverän keine neuen Schulden mehr aufnehmen dürfen. Frei verfügen können die Regierungen dann nur noch über die Finanzmittel, die durch eigene Einnahmen gedeckt sind.

Wer mehr Geld braucht, als er selbst erwirtschaftet, muss seinen Bedarf bei der Gruppe der Euro-Finanzminister anmelden. Sie entscheiden gemeinsam, welche Finanzwünsche von welchem Land in welcher Höhe gerechtfertigt sind, und geben dann gemeinsame Euro-Anleihen aus, um diese Schulden zu finanzieren.

Die exklusive Ministerrunde würde von einem hauptamtlichen Vorsitzenden geleitet, der am Ende sogar zum europäischen Finanzminister aufsteigen könnte.

Kontrolliert werden soll die mächtige Runde der Finanzminister durch ein neues europäisches Gremium, in dem Vertreter der nationalen Parlamente sitzen. Das Europaparlament müsste auf einen Machtzuwachs verzichten und könnte

sich weiter mit Hingabe den anderen europäischen Themen widmen.

Das Modell, das die europäischen vier favorisieren, bedeutet für die Deutschen das, was die Bundesregierung immer abgelehnt hat: den europäischen Haftungsverbund. Allerdings mit einer Einschränkung. Die Regelung soll nur für neue Schulden gelten.

Die Altlasten, die im Zentrum der aktuellen Krise stehen, müssten nach wie vor von den einzelnen Staaten bewältigt werden. Völlig offen ist, wie sie langfristig kleiner werden könnten. Schon jetzt müssen viele Länder einen großen Teil ihrer Steuereinahmen zur Finanzierung der Altschulden ausgeben.

Die Idee der Brüsseler Euro-Strategen würde die Regierungen zwingen, mit dem Geld auszukommen, das sie selbst eingenommen haben. Denn nur so könnten sie die nationale Souveränität über ihre Ausgaben erhalten. Funktioniert die Regelung, könnte aus einer Schulden- im günstigsten Fall sogar eine Stabilitätsunion werden.

Das Modell klingt fast zu schön, um wahr zu werden. Denn bislang schafft es noch nicht einmal Deutschland – obwohl von niedrigsten Zinsen und gutem Wachstum begünstigt – ohne Neuverschuldung auszukommen. Und so müssten in Zukunft selbst sparsame Länder befürchten, bei einer Zinserhöhung oder einem Konjunktureinbruch in Brüssel um Hilfe bitten zu müssen.

In europäischen Hauptstädten kursiert deshalb bereits eine deutlich abgemilderte Variante. Neue Schulden müssten erst dann von der Gruppe der Finanzminister genehmigt werden, wenn die Neuverschuldung über drei Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung liegt.

In einem weiteren Kapitel widmen sich die Euro-Architekten der Demokratisierung europäischer Entscheidungen. Man müsse überlegen, wie man die politische Integration demokratisch legitimieren könne, sagt Kommissionschef Barroso.

Dazu gehört die Idee, den Präsidenten der EU-Kommission direkt von den Bürgern wählen zu lassen. Denkbar sei auch, heißt es in Brüssel, dass die Ämter von Barroso und Van Rompuy zu einem „Europäischen Präsidenten“ verschmolzen werden.

Manche Ideen der Reformer decken sich mit dem, was bereits diskutiert wird, wie eine europaweite Garantie der Sparkonten. Ein europäischer Einlagensicherungsfonds soll über einen Zeitraum von zehn Jahren aufgebaut werden und ein Prozent der europäischen Spareinlagen umfassen, also etwa hundert Milliarden Euro.

Vorgesehen ist auch eine mächtige EU-weite Bankenaufsicht. Sie soll nicht nur die großen, „systemischen“ Geldinstitute umfassen, sondern alle Banken. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass es in Europa gerade die scheinbar unwichtigen Geldhäuser waren, die die Krise verschärften. Das war in Deutschland mit der IKB-Bank so und wiederholt sich momentan mit den spanischen Sparkassen.

Der neue Euro-Pakt ist allerdings mit einer schweren Hypothek belastet. Überall in Europa müssten die nationalen Verfassungen geändert werden, und in etlichen Staaten wären die Regierungen gezwungen, das Volk zu befragen. Selbst in Deutschland, wie das Bundesverfassungsgericht in seinem Lissabon-Urteil nahelegt. Will die Bundesregierung in Finanzfragen deutlich mehr Macht an Brüssel abtreten, so gängige Interpretationen, wäre dazu eine Volksabstimmung nach Artikel 146 des Grundgesetzes erforderlich.

Die Deutschen stünden vor einer Jahrhundertentscheidung. Stimmen sie gegen den Plan, wäre der Euro am Ende, und der Kontinent würde in eine schwere Rezession stürzen. Stimmen sie dafür, entscheidet in Zukunft vor allem Brüssel über die deutschen Staatsfinanzen.

Es wäre der Einstieg in die Vereinigten Staaten von Europa, dem die Bundesbürger wohl nur zustimmen könnten, wenn sich das neue Gemeinwesen glaubwürdig der deutschen Stabilitätskultur verpflichtet.

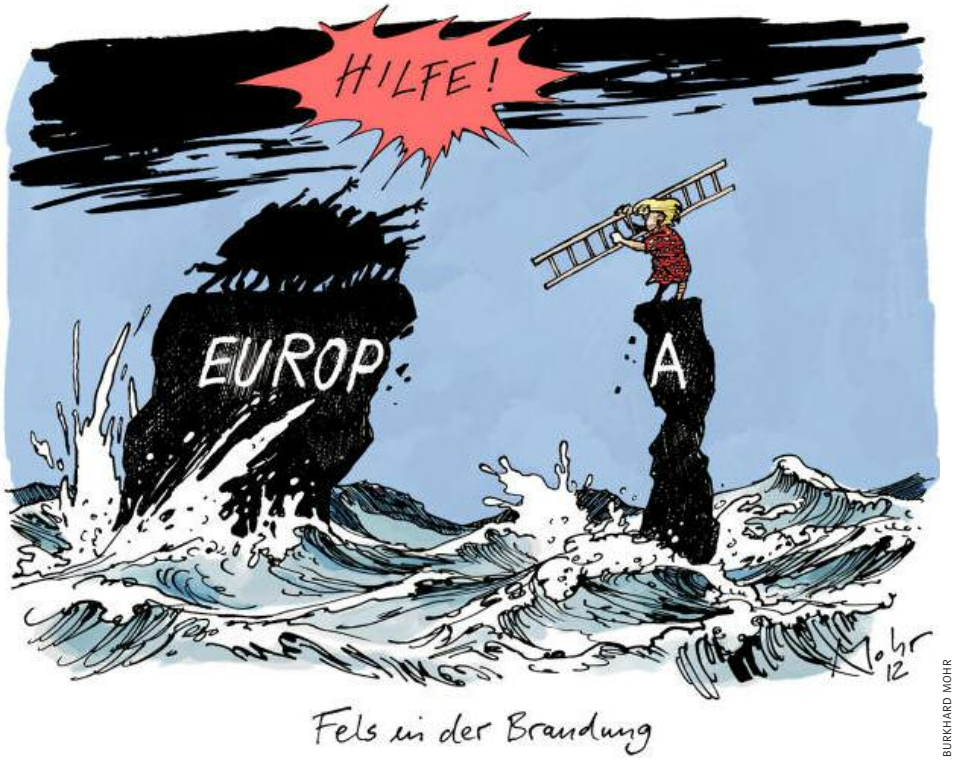
Was die vier Euro-Vordenker vorschlagen, ist somit ein neuer Konsens für den krisengeschüttelten Kontinent. Die Deutschen müssten bereit sein, weitere Risiken für die Euro-Zone zu übernehmen. Im Gegenzug würden die Südeuropäer zugestehen, dass über ihre Staatshaushalte in Brüssel bestimmt wird – nach deutschen Prinzipien.

Es wäre ein Experiment mit ungewissem Ausgang. Am Ende könnte die Rettung der Gemeinschaftswährung stehen, aber auch das Zerbrechen Europas. Gut möglich, dass der Plan die internationalen Finanzmärkte beruhigt. Nicht ausgeschlossen aber auch, dass er Europas Bürgern nicht zu vermitteln ist. Dabei ist es wohl die letzte Chance, den Euro vor dem Crash zu bewahren.

Am kommenden Montag treffen sich die Staats- und Regierungschefs der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer beim G-20-Gipfel in Mexiko. Es wird der Tag nach der Griechenland-Wahl sein, und der Rest der Welt will von den Europäern wissen, wie sie die Währungsunion retten wollen. Eine Blamage wie im vergangenen Jahr auf dem G-20-Gipfel in Cannes, wo man sich von Schwellenländern wie Mexiko und Brasilien sagen lassen musste, was zu tun ist, wollen sich Merkel, Van Rompuy und die andere Euro-Politiker ersparen.

Er höre von seinen Gesprächspartnern in Amerika und China oft, dass Europa „hinter der Kurve“ liege und zu langsam agiere, berichtete Euro-Gruppen-Chef Jean-Claude Juncker am vergangenen Donnerstag vor dem Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU in Brüssel. „Wir rennen den Ereignissen hinterher“, warnte der Luxemburger Premierminister. Deshalb sei es jetzt an der Zeit, Schritte zu tun, die bislang undenkbar schienen. Denn: „Die Welt muss wissen, dass wir absolut entschlossen sind.“

Konstantin von Hammerstein, Christoph Pauly, Christoph Schult



Fels in der Brandung

BURKHARD MOHR